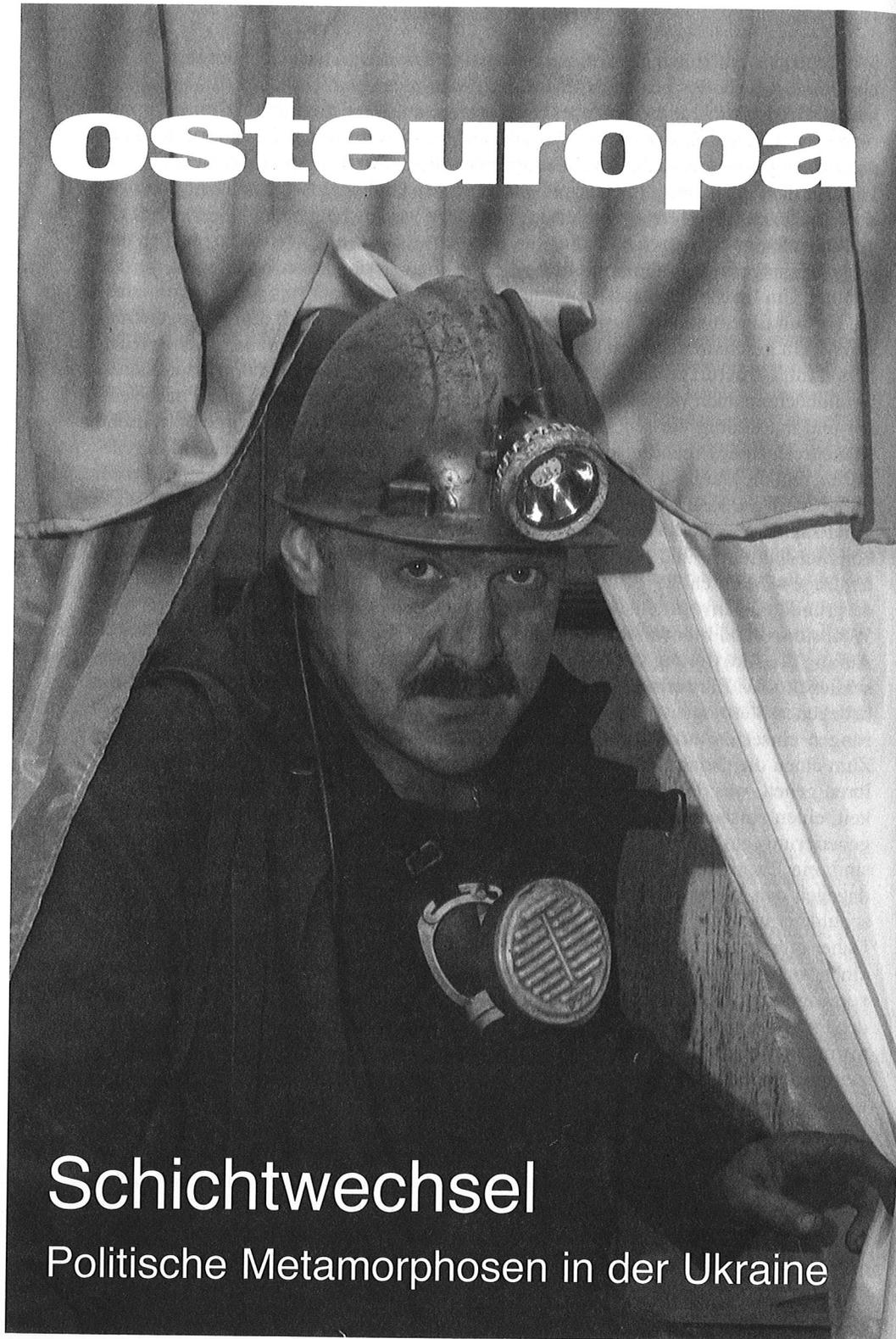


osteuropa



Schichtwechsel

Politische Metamorphosen in der Ukraine

Bringt Licht ins Dunkel: 528 S., 120 Abb., 22 Karten, 32,00 €. ISBN: 978-3-8305-1496-1

Katharina Bluhm, Vera Trappmann

Kapitalismus in Ostmitteleuropa

Varianten und externe Einflüsse: Eine Literaturkritik

Die Politische Ökonomie analysiert den Kapitalismus in Ostmitteleuropa mit zwei Ansätzen. Sie fragt entweder nach den institutionellen Spielarten der Marktökonomien, die in den vergangenen zwanzig Jahren entstanden sind, und ordnet die Staaten auf einem Kontinuum von liberal bis koordiniert. So können Unterschiede zwischen den Volkswirtschaften zu Tage gefördert werden. Ein anderer Ansatz fragt nach den Gemeinsamkeiten. Er betont die große Bedeutung der EU sowie transnationaler Unternehmen und identifiziert einen spezifischen, „abhängigen“ oder „peripheren“ Kapitalismus in Ostmitteleuropa. Beide Ansätze haben Stärken und Schwächen. Worauf es ankommt, ist eine Synthese.

Bis in die 1960er Jahre galten verschiedene Formen des Kapitalismus als Ausdruck unterschiedlicher historischer Entwicklungsstufen. Der Unternehmerkapitalismus des 19. Jahrhunderts wurde vom Managerkapitalismus des 20. Jahrhunderts abgelöst. Seit der Krise des Fordismus und dem Aufstieg Südasiens streiten die Sozialwissenschaften jedoch darüber, dass verschiedene „Spielarten“ des modernen Kapitalismus gleichzeitig auftreten können. Exemplarisch für diese Debatte steht das Anfang der 1990er Jahre erschienene berühmte Buch des französischen Ökonomen Michel Albert, der zum ersten Mal von einer Konkurrenz zwischen „neo-amerikanischem“ und „rheinischem“ Kapitalismus sprach.¹ Für den „rheinischen“ Kapitalismus sah er kaum Überlebenschancen, obgleich er ökonomisch wie sozial viele Vorzüge habe. Zehn Jahre später knüpften Peter A. Hall und David Soskice in einem vielbeachteten Aufsatz an Albert an, vertraten aber die These, dass auch unter den Bedingungen der Globalisierung mehr als ein Modell moderner Marktökonomien erfolgreich sein könne. Denn gerade die Hauptakteure moderner Kapitalismen, die Unternehmen, würden die institutionellen Differenzen und die damit verbundenen komparativen Vorteile unterschiedlicher Systeme zu nutzen wissen.²

Hall und Soskice gehen in der Tradition der politischen Ökonomie und der Wirtschaftssoziologie davon aus, dass Verbände, soziale Netzwerke und Gemeinschaft kein vormodernes Überbleibsel sind, sondern auch im modernen Kapitalismus effektive Mechanismen der Koordinierung von Wirtschaft darstellen. Sie unterscheiden

Katharina Bluhm, Dr. phil., Professorin für Wirtschaftssoziologie an der Universität Osnabrück
Vera Trappmann, Dr. des., Wirtschaftssoziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Osnabrück

¹ Michel Albert: *Kapitalismus contra Kapitalismus*. Frankfurt/Main 1992.

² Peter A. Hall, David Soskice (Hg.): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford 2001.

zwischen liberalen Marktökonomien, in denen Wirtschaftsakteure vor allem über Märkte und Hierarchien in Beziehung treten, und koordinierten Marktökonomien, in denen zudem Verbände und Netzwerke eine wesentliche Rolle spielen. Diese dichotome Beschreibung der Marktwirtschaft stieß jedoch rasch auf Kritik. Sie vernachlässige den Einfluss des Wohlfahrtsstaates und ordne Länder, die sich erheblich unterscheiden, holzschnittartig einem der beiden Typen zu. Zudem haben Hall und Soskice die Pfadabhängigkeit der Kapitalismen überschätzt. Spätestens seit sich in Deutschland die spezifische Verflechtung zwischen Banken, Versicherungen und Industrieunternehmen („Deutschland-AG“) weitgehend aufgelöst hat und Japan in eine Dauerkrise gestürzt ist, wissen wir, dass die Globalisierung institutionelle Unterschiede stärker als zuvor angenommen „abschleifen“ kann.³ Die Diskussion hat daher heute eine politische Dimension bekommen: Es geht um die Verteidigung von Alternativen zur (neo-)liberalen Marktwirtschaft, die gerade nach dem Fall des Eisernen Vorhangs als die historisch überlegene Wirtschaftsform gefeiert wurde. Diese Debatte über die zeitgenössischen Spielarten des Kapitalismus hat in der Transformationsforschung lange keine Rolle gespielt. Zu groß schienen die Unterschiede zwischen den gerade erst entstehenden Marktwirtschaften und den entwickelten Marktökonomien, zu speziell das historische Erbe des Staatssozialismus. Vielmehr arbeitete die Transformationsforschung Spezifika der sich entwickelnden Systeme heraus, die mit westlichen Kategorien oft nicht zu erfassen waren. Dies hat sich jedoch grundlegend geändert, seit zehn postsozialistische Staaten vollends in der Marktwirtschaft angekommen, der EU beigetreten und heute von den Auswirkungen der jüngsten Krise des (Finanzmarkt-)Kapitalismus teilweise stark betroffen sind. Seitdem erfahren Forschungen wieder eine starke Beachtung, die die Abhängigkeit der Region von externem Kapital betonen.⁴ Ansätze, die sich an die Dependency- und Welt-System-Theorie von Immanuel Wallerstein anlehnen, schärfen den Blick für den hegemonialen Charakter der Transformation und für die Positionierung der postsozialistischen Länder in der Weltwirtschaft.⁵ Somit lassen sich in der Forschung zur Herausbildung des Kapitalismus in Ostmitteleuropa zwei Strömungen unterscheiden, die die Transformationsforschung auf ihre Weise überwinden. Die Autoren der ersten Strömung übertragen den „Varieties-of-Capitalism-Ansatz“ (VoC) von Hall und Soskice auf Ostmittel- und Osteuropa und ergänzen oder modifizieren ihn. Im Fokus stehen Unternehmen und deren institutionelle Einbettung.⁶ Die zweite Gruppe von Autoren betont den Einfluss externer Akteure auf die Ausprägung insbesondere der ostmitteleuropäischen Marktwirtschaften. Während diese Gruppe zunächst vor allem die Rolle der internationalen Organisationen (IWF und Weltbank) und später der Einfluss der EU hervorhob, betonen die meisten Autoren heute die beträchtlichen Unterschiede zwischen den postsozialisti-

³ Vgl. Peter A. Hall, Kathleen Thelen: Institutional Change in Varieties of Capitalism, in: *Socio-Economic Review*, 7/2009, S. 7–34. – Wolfgang Streeck, Kathleen Thelen (Hg.): *Beyond Continuity: Institutional Change in Advanced Political Economies*. Oxford 2005. – Eine hervorragende Einführung in die Debatte bieten: Bob Hancké, Martin Rhodes, Mark Thatcher (Hg.): *Beyond Varieties of Capitalism: Conflict, Contradictions, and Complementarities in the European Economy*. Oxford 2007.

⁴ Siehe auch den Beitrag von Justyna Schulz in diesem Band, S. 47–59.

⁵ Immanuel Maurice Wallerstein: *The Capitalist World Economy*. Cambridge 1979.

⁶ Es handelt sich also weniger um eine Kapitalismusanalyse als um die Beschreibung der Vielfalt von Marktökonomien. Der Begriff „VoC“ ist daher etwas irreführend.

schen Ländern bei der Integration in den Weltmarkt. Überzeugend lässt sich die Entwicklung des Kapitalismus in Ostmittel- und Osteuropa jedoch nur erklären, wenn man das Zusammenspiel zwischen dem institutionellen Erbe und den externen Einflüssen berücksichtigt. Gerade die Krise hat zur Folge, dass die Frage, welche Art von Kapitalismus sich in Ostmitteleuropa durchsetzen wird, wieder vollkommen offen ist.

Spielarten des Kapitalismus

Beim Versuch, die ost- und ostmitteleuropäischen Länder verschiedenen Typen des Kapitalismus zuzuordnen, gehen die Autoren nach zwei unterschiedlichen Methoden vor. Entweder sie setzen auf einen qualitativen Vergleich und analysieren dann meist zwei Länder, die sich in vielen Punkten unterscheiden; oder sie bestimmen das Verhältnis möglichst vieler Fälle zu einem Modell anhand quantitativer Indikatoren. Überzeugende qualitative Analysen haben Clemens Buchen⁷ und Magnus Feldmann⁸ vorgelegt. Sie untersuchen ausführlich die Unternehmensfinanzierung und -kontrolle, die zwischenbetrieblichen Beziehungen, die Arbeitsbeziehungen und das Ausbildungssystem und stellen zwei Länder gegenüber, die sich den dichotomen Typen von Hall und Soskice am besten zuordnen lassen: Dies ist auf der einen Seite Slowenien, das als ausgeprägte koordinierte Marktwirtschaft interpretiert wird, und Estland als ostmitteleuropäischer Prototyp einer liberalen Ökonomie. Die eindeutige Klassifizierung zu bestehenden Typen hat jedoch einen hohen Preis. Sie blendet die zahlreichen anderen Formen der Koordination wirtschaftlichen Handelns in Ostmitteleuropa aus: Zwischen der estnischen und der slowenischen Variante gibt es eine Vielfalt von Mischformen, die Buchen und Feldmann nicht erfassen. Dieses Manko können statistische Analysen beheben, die die qualitative Typologie unterschiedlicher Varianten von Marktökonomie in ein Kontinuum zwischen strategischer Koordination und reiner Marktordination auflösen.⁹ Konsequenterweise für Ostmittel- und Osteuropa umgesetzt haben dies Mark Knell und Martin Shrolec.¹⁰ Sie wählen drei Indikatoren aus – soziale Kohäsion, Regulierung des Arbeitsmarktes und die staatlichen Rahmenbedingungen für Geschäftstätigkeit¹¹ – und bilden daraus einen „Index der Koordination“.¹² Am einen Ende des Kontinuums befindet sich bei Knell

⁷ Clemens Buchen: *Estonia and Slovenia as Antipodes*, in: David Lane, Martin Myant: *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. Basingstoke, Hampshire 2007, S. 65–89.

⁸ Magnus Feldmann: *Emerging Varieties of Capitalism in Transition Countries*. *Industrial Relations and Wage Bargaining in Estonia and Slovenia*, in: *Comparative Political Studies*, 7/2006, S. 829–854.

⁹ Peter A. Hall, Daniel W. Gingerich: *Varieties of Capitalism and Institutional Complementarities in the Macroeconomy: An Empirical Analysis*. Cologne 2004 [= MPIfG Discussion Paper, 04/5].

¹⁰ Mark Knell, Martin Shrolec: *Emerging Varieties of Capitalism in Central and Eastern Europe*, in: Lane, Myant, *Varieties of Capitalism* [Fn. 7], S. 40–63.

¹¹ Soziale Kohäsion messen die Autoren mit dem Gini-Index, der die Einkommensungleichheit darstellt, mit dem höchsten Steuersatz für Personen und Unternehmen sowie an den Staatsausgaben. Die Arbeitsmarktregulation und die Rahmenbedingungen für Geschäftstätigkeit messen sie mit den Indikatoren des „Doing-Business-Berichts“ der Weltbank, <www.doingbusiness.org/>.

¹² Konzeptionell greifen sie dabei auf einen Aufsatz von Peter A. Hall und Daniel W. Gingerich zurück; Peter A. Hall, Daniel W. Gingerich: *Varieties of Capitalism and Institutional Com-*

und Shrolec Belarus, dessen Wirtschaft nach wie vor staatlich kontrolliert wird. Auch die Ukraine, Slowenien, Rumänien und Tschechien sind – vor China und deutlich vor Deutschland und Frankreich – Länder mit ausgeprägter strategischer Koordination. In Estland wie auch in Polen, Ungarn, der Slowakei oder Russland überwiegt hingegen die liberale Marktkoordination.

Autoren, die andere Indikatoren verwenden, gelangen zu einem anderen Bild. David Lane legt den Anteil des Privatsektors am BIP, die dominante externe Finanzierungsform von Unternehmen, die Integration in die Weltwirtschaft und die Einkommensungleichheit zugrunde und kommt zu dem Ergebnis, dass keine der neuen Marktwirtschaften in Ostmittel- und Osteuropa im globalen Vergleich von Marktökonomien „liberal“ sei. Selbst Estland sei aufgrund der geringen Börsenkapitalisierung estnischer Unternehmen und des Sozialstaatsniveaus nicht „liberal“ im Sinne des „Varieties-of-Capitalism-Ansatzes“. Tschechien, Polen, Ungarn, Slowenien und Estland ordnet Lane dem entwickelten „kontinentaleuropäischen Typ“ koordinierter Marktökonomien zu, auch wenn der Einfluss des Staates in diesen Ländern größer sei als in Westeuropa. Litauen, Rumänien, Kroatien und Bulgarien fasst Lane als Untergruppe des kontinentalen Typs, weil das Privatisierungsniveau noch unter dem der OECD-Länder liege und der Einfluss des Staates noch ausgeprägter sei. Belarus erscheint bei ihm als Staatsökonomie und fällt daher nicht in die Kategorie einer koordinierten Marktwirtschaft.

Für die Ukraine, Russland und andere ehemalige Sowjetrepubliken definiert Lane einen eigenen Typ, den „hybriden staatlich-marktwirtschaftlich unkoordinierten Kapitalismus“. Dies überzeugt jedoch nicht, da unklar bleibt, wie staatliche Kontrolle und „unkoordinierte“ Ökonomie koexistieren können. So handelt es sich letztlich um nicht mehr als eine Residualkategorie.

Systematischer erfasst Luc Cernat in einer Analyse Rumäniens den Einfluss des Staates, indem er quantitative und qualitative Methoden kombiniert.¹³ Interessanterweise kommt Cernat bei der statistischen Analyse mehrerer ostmitteleuropäischer Länder zum Ergebnis, Rumänien gehöre wie Polen, die Slowakei oder Bulgarien zu den kontinentaleuropäischen Ländern, während er in der qualitativen Fallstudie zeigt, dass in Rumänien Elemente verschiedener Modelle vorkommen, da die Politik unterschiedliche Strategien verfolgt habe. Cernat spricht daher von einem „Cocktail-Kapitalismus“. Dieser „Cocktail-Kapitalismus“ mit seinen nicht funktionsfähigen Institutionen sei Ausdruck abgebrochener Reformen: Die Eliten, die als Gewinner aus der ersten Phase der Transformation hervorgegangen sind,¹⁴ blockierten zunächst weitere Reformen, da sie fürchteten, diese könnten ihre Machtstellung gefährden.

Im Anschluss an Albert¹⁵ sowie Rhodes und van Apeldoorn,¹⁶ die explizit den Staat in ihre Typologie aufnehmen und zwischen minimalen und regulatorischen Staaten unterscheiden, führt Cernat den „Entwicklungskapitalismus“ oder „Entwicklungs-

Complementarities in the Macroeconomy: An Empirical Analysis. Cologne 2004 [= MPIfG Discussion Paper, 04/5], <www.mpifg.de/pu/dp_abstracts/dp04-5.asp>.

¹³ Lucian Cernat: Europeanization, Varieties of Capitalism and Economic Performance in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2006, hier S. 35ff.

¹⁴ Joel S. Hellman: Winners Take All: The Politics of Partial Reforms in Postcommunist Transitions, in: World Politics, 2/1998, S. 203–234.

¹⁵ Michel Albert: Kapitalismus contra Kapitalismus. Frankfurt/Main 1992.

¹⁶ Martin Rhodes, Bastiaan Van Apeldoorn: The Transformation of West European Capitalism? San Domenico (FI) 1997 [= EUI working paper, 60/1997].

staat“ (developmental state) ein, der Tschechien, Ungarn und Slowenien kennzeichne. Dieser Staatstypus verfolge eine entwicklungsorientierte Interventionspolitik und verfüge über vielfältige formale und informelle Netzwerke in der Wirtschaft. Der Begriff des „Entwicklungsstaats“ wurde allerdings ursprünglich zur Charakterisierung der nachholenden Entwicklung in Ostasien gebraucht, wo mit einer langfristigen Strategie einheimische Unternehmensnetzwerke gefördert, der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen kontrolliert und eine gezielte Handels- und Zollpolitik betrieben wurde. In Ostmittel- und Osteuropa war es hingegen für die einzelnen Länder nach der raschen Marktöffnung, der Liberalisierung und der Privatisierung sowie aufgrund der Vorbereitung auf den EU-Beitritt außerordentlich schwierig, den dafür erforderlichen makroökonomischen Spielraum und die staatliche Autonomie zu behaupten. Insofern überzeugt der Begriff nicht ganz.

Insgesamt bleiben sowohl die qualitativen als auch die quantitativen Übertragungsversuche, in denen die Ausprägungen des Kapitalismus in Ostmittel- und Osteuropa nach dem Vorbild des „Varieties-of-Capitalism-Ansatzes“ identifiziert werden, unzulänglich. Je nach Wahl der Dimensionen und Variablen fallen die Ergebnisse sehr unterschiedlich aus. Dies ist nicht nur auf den „hybriden“ Charakter der Länder zurückzuführen, der konsistente Zuordnungen erschwert. Ursache sind auch theoretische Probleme, die mit den Prämissen des „Varieties-of-Capitalism-Ansatzes“ zusammenhängen.

Hall und Soskice gehen davon aus, dass ihre Theorie nur für die hochentwickelten kapitalistischen Marktwirtschaften gilt. Ein Kriterium dafür ist die Mitgliedschaft in der OECD. Aber selbst das OECD-Mitglied Mexiko zählen Hall und Soskice nicht zu den hochentwickelten kapitalistischen Marktwirtschaften. Sie schränken die Theorie komparativer institutioneller Vorteile auf jene Länder ein, die auf den Weltmärkten mit komplexen kapital- und wissensintensiven Gütern und Leistungen konkurrieren und nicht primär mit Lohndifferentialen oder Rohstoffen. Entwickelte Marktökonomien sind somit ein Synonym für Länder mit einer privilegierten Position auf den Märkten dieser Welt. Eine solche Position haben jedoch die meisten Länder in Osteuropa, aber auch Ostmitteleuropas bisher nicht inne.

Der Beschränkung auf die entwickelten Marktökonomien liegt eine unausgesprochene weitere Annahme zugrunde: Hall und Soskice betrachten „strategische Koordination“ ausschließlich positiv. Das heißt, die Beziehungen zwischen Staat und Unternehmen, die der Unternehmen untereinander und die zu anderen Wirtschaftsakteuren werden als entwicklungsfördernd, als Ressourcen in einem offenen globalen Wettbewerb begriffen. Vetternwirtschaft, Klientelismus, Korruption aller Art oder gar mafiaähnliche Netzwerkstrukturen sind aber bei genauerer Betrachtung auch Formen „strategischer Koordination“. Hinzu kommt der ganze informelle Sektor, in dem andere Spielregeln gelten, die sich nicht als formale Institutionen beobachten lassen. Dies alles kann dieser Ansatz nur ausblenden, weil er sich nur auf einen speziellen Typ von Marktökonomie, die sogenannte entwickelte Marktökonomie konzentriert und gerade nicht beansprucht, eine Theorie für alle gegenwärtigen Kapitalismusmodelle zu sein. Auch wenn die „entwickelte Welt“ nicht von allen negativen Formen strategischer Koordination frei ist und die Grenzen zwischen positiven und negativen Formen strategischer Koordination mitunter fließend sind, so beruht der Vergleich der institutionellen Ausgestaltung bei den in den Blick genommenen Ländern auf einer grundlegenden Prämisse der Moderne, die in anderen Gesellschaften fehlt: die funktionale

Ausdifferenzierung von Wirtschaft und Staat, der zudem ganz im Sinne Max Webers über rational-bürokratische Kapazitäten zur Regulierung verfügt.

Mit der Ausweitung des „Varieties-of-Capitalism-Ansatzes“ auf postsozialistische Länder geht eine konzeptionelle Verschiebung von den Varianten des hochentwickelten Kapitalismus zu den „Welten des Kapitalismus“¹⁷ einher, deren Konsequenzen nicht ausreichend reflektiert werden. Entweder wird der qualitative Unterschied der Formen strategischer Koordination ganz ausgeblendet wie bei Knell und Shrolec oder er kommt durch Fallstudien wieder hinein wie bei Cernats „Cocktail Kapitalismus“ in Rumänien. Die entscheidenden Fragen werden indes nicht gestellt: Wie könnte eine Theorie der „Welten des Kapitalismus“ aussehen, die über das Paradigma des „Varieties-of-Capitalism-Ansatzes“ hinausgeht? Welche Prämissen dieses Ansatzes könnten dafür übernommen werden? Was folgt aus dem Verzicht auf andere Annahmen des Ansatzes? Welche zusätzlichen Faktoren müssten für eine genauere Systemanalyse berücksichtigt werden?

Externe Einflüsse

Die einfache Übertragung des Ansatzes der Varianten des Kapitalismus wirft aber noch ein weiteres Problem auf. Durch seine Fokussierung auf die nationale Institutionenebene ist er wenig geeignet, die übergreifenden *Gemeinsamkeiten* insbesondere der neuen EU-Länder bei der Integration in die Weltwirtschaft zu erfassen. Vor allem der Einfluss internationaler Organisationen, insbesondere der EU, sowie die Bedeutung multinationaler Unternehmen für die Entstehung verschiedener Kapitalismustypen in Ostmitteleuropa geraten aus dem Blick.

Die Autoren einer zweiten Gruppe von Publikationen gehen daher davon aus, dass die entstandenen Marktwirtschaften in Ostmitteleuropa ohne den massiven Einfluss externer Akteure nicht zu verstehen sind und dass die Bedeutung dieser transnationalen Akteure selbst ein ganz entscheidendes Merkmal zur Unterscheidung verschiedener Varianten des Kapitalismus ist. Sie rücken daher die externen Akteure und Triebkräfte in den Mittelpunkt und verknüpfen sie mit den endogenen Akteuren und Prozessen. Ihnen gelingt es so sehr viel besser, die institutionelle Genese und deren Resultate zu erhellen. Allerdings verlieren die Autoren nicht selten die Spezifika der entstandenen Systeme aus dem Blick.

Einer der innovativsten Unterscheidungen, die das Zusammenspiel von externen und internen Faktoren präzise erfasst, haben Lawrence P. King und Iván Szelényi getroffen. Sie sprechen von drei Typen postsozialistischer Kapitalismen: dem „Kapitalismus von außen“ in Ostmitteleuropa, dem „Kapitalismus von oben“ in Russland, der Ukraine, Serbien und Rumänien (vor allem in den 1990er Jahren) sowie dem „Kapitalismus von unten“ in China und Vietnam.¹⁸ Während sie den ersten als ein liberales System bezeichnen, verstehen sie den zweiten Typus als patrimonial im Sinne Max Webers und den dritten als Hybrid. Zentral für diese Typologie sind das Verhältnis von Wirtschaft und Staat und damit die qualitativen Unterschiede strategischer Koor-

¹⁷ Max Miller (Hg.): *Welten des Kapitalismus. Institutionelle Alternativen in der globalisierten Ökonomie*. Frankfurt/Main 2005.

¹⁸ Lawrence P. King, Iván Szelényi: *Post-Communist Economic Systems*, in: Neil Smelser, Richard Swedberg (Hg.): *The Handbook of Economic Sociology*. Princeton, New York 2005, S. 205–229, hier S. 213.

dination sowie der Einfluss ausländischer Investoren. Der Kapitalismus „von außen“ ist durch einen Elitewechsel und eine dominante Rolle ausländischen Kapitals geprägt; die Genese der beiden anderen Typen zeichnet sich hingegen durch eine hohe Elitenreproduktion und – vor allem im Typ des „Kapitalismus von oben“ – durch extensive klientelistische Beziehungen zwischen Wirtschaft und Staat aus.

In Auseinandersetzung mit den Autoren, die den „Varieties-of-Capitalism-Ansatz“ auf Osteuropa übertragen, fordert King, den grundlegenden Unterschied zwischen den postsozialistischen und den hochentwickelten Marktökonomien kenntlich zu machen.¹⁹ Die osteuropäischen Kapitalismen seien so verschieden vom europäischen Kern, dass sie nicht einfach auf der Achse von koordinierten zu „liberalen“ Ökonomien verortet werden könnten.²⁰ Er stellt Russland insbesondere Polen, Ungarn und Tschechien gegenüber und vertritt die These, dass aufgrund der spezifischen Konfiguration in der Machtelite, der Vorbereitung auf den Beitritt zur EU und dem massiven Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach Ostmitteleuropa der Staat dort seinen „bürokratischen Apparat“ habe halten und stärken können, während er anderswo in der postkommunistischen Welt erodiert sei.

Polen, Ungarn und Tschechien wären aufgrund des hohen Anteils ausländischen Kapitals in Industrie und im Bankensystem „abhängige liberale Volkswirtschaften“. Damit ordnet er diese Marktökonomien in Bezug auf das Verhältnis von Wirtschaft und Staat dann doch eher den westeuropäischen Kapitalismen als den GUS-Staaten zu, ohne aus dem Auge zu verlieren, dass durch die rasche Integration der Schlüsselbranchen in westliche transnationale Unternehmensnetzwerke eine Form von asymmetrischer Abhängigkeit Ostmitteleuropas entstanden ist, die sich von westeuropäischen Kapitalismen unterscheidet. Ähnlich argumentieren Andreas Nölke und Arjan Vliegthart, die von einer „abhängigen Marktwirtschaft“ in den ostmitteleuropäischen Ländern sprechen, die sie von der koordinierten und der liberalen Marktökonomie westlicher Prägung unterscheiden.²¹

Welche Konsequenzen diese Abhängigkeit hat, ist eine offene Frage, an der sich Optimisten und Skeptiker scheiden. Für King und Szelényi stellt Abhängigkeit nicht per se ein Entwicklungshemmnis dar. Dies bestätigt u.a. Cernats Analyse, die den Einfluss unterschiedlicher externer Faktoren prüft. Sein „Europäisierungsindex“²² lotet insbesondere den Einfluss der EU auf das Wirtschaftswachstum in den zehn neuen Mitgliedstaaten aus. Den Europäisierungsindex erstellt er aus den Fortschrittsberichten der EU zur Übernahme des *acquis communautaire* zwischen 1990 und 2002 mittels einer eigenen Kodierung von 0 für keinen Fortschritt bis hin zu 3 für signifikanten Fortschritt sowie anhand des Anteils der PHARE-Mittel am Bruttoinlandsprodukt (GDP). Wie zu erwarten, variiert der Index pro Land und im Zeitverlauf. Besonders aufschlussreich ist der Vergleich mit anderen Größen, von denen man einen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum annimmt. Einen ähnlich positiven Einfluss haben ausländische Direktinvestitionen. Weltbank- und IMF-Kredite sowie die sozialisierenden

¹⁹ Lawrence P. King: *Central European Capitalism in Comparative Perspective*, in: Bob Hancké, Martin Rhodes, Mark Thatcher (Hg.): *Beyond Varieties of Capitalism: Conflict, Contradictions, and Complementarities in the European Economy*. Oxford 2007, S. 307–327, hier S. 313.

²⁰ Ebd., S. 326.

²¹ Andreas Nölke, Arjan Vliegthart: *Enlarging the Varieties of Capitalism. The Emergence of Dependent Market Economies in East Central Europe*, in: *World Politics*, 4/2009, S. 670–702.

²² Cernat, *Europeanization* [Fn. 13], S. 115f.

Twinning-Projekte der EU mit den Kandidatenländern haben keinen oder eher einen negativen Effekt auf das makroökonomische Wachstum. Europäisierung und ausländische Direktinvestitionen sind also die entscheidenden Einflussgrößen für wirtschaftliche Prosperität.

Demgegenüber verweisen Skeptiker, die in jüngster Zeit häufiger zu vernehmen sind, auf die hohen Risiken der Abhängigkeit von Entscheidungen außerhalb des eigenen Wirtschaftsraums und warnen vor den hohen sozialen und möglicherweise auch politischen Kosten der Abhängigkeit von ausländischen Investoren in Schlüsselbranchen.²³ Vliegenthart und Lane argumentieren, dass abhängige Marktwirtschaften von externen Schocks wie der jüngsten Finanzkrise besonders hart getroffen werden, da ihre Regierungen nur wenig Einfluss auf die Entwicklungsrichtung ihrer Volkswirtschaften nehmen können.²⁴

Dass der Weg in die Transnationalisierung der Schlüsselbranchen einschließlich des Bankensektors trotz rascher Marktliberalisierung und Privatisierung nicht geradlinig verlief, zeigen die Studien von Jan Drahokoupil und Martin Myant.²⁵ Sie knüpfen an die berühmte These von David Stark und Laszlo Bruzst vom „rekombinierten Eigentum“ an, die die Entstehung von verfügungsrechtlich unklaren *einheimischen* Unternehmensnetzwerken zwischen privaten und staatlichen Unternehmen sowie halbstaatlichen Banken als eine pfadabhängige Strukturbesonderheit Ostmitteleuropas diagnostizierten.²⁶ Stark und Bruzst deuteten diese nicht negativ als klientelistisches Netzwerk, sondern als Chance zur Entwicklung einer modernen Marktökonomie eigenen Typs. Myant und Drahokoupil zeigen nun am Beispiel Tschechiens, dass es sich bei diesen Verflechtungen um ein Übergangsphänomen gehandelt hat, das unter dem massiven Einfluss ausländischer Direktinvestitionen und unter dem Druck der Weltbank und der EU Ende der 1990er Jahre aufgelöst wurde. Myant und Drahokoupil bezeichnen dies als einen Pfadwechsel von einem „nationalen“ zu einem „europäischen“ oder „transnationalen Kapitalismus“.

Myant charakterisiert diesen „europäischen Kapitalismus“ als eine empirische Konstellation, in der einheimisches Eigentum vor allem in Klein- und Mittelunternehmen (KMU) gebildet wird, während große Unternehmen sowie der Großteil der Banken ausländische Tochtergesellschaften geworden sind, die wiederum nur in geringem Maße auf die nationalen Institutionen angewiesen sind. Das betrifft vor allem die Finanzierung, die von den Tochtergesellschaften innerhalb der multinationalen Unternehmen ohne Rückgriff auf das tschechische Bankensystem oder die tschechische Börse realisiert wird.²⁷ Nationale Verflechtungszusammenhänge sind unter diesen

²³ Dorothee Bohle, Béla Greskovits: The State, Internationalization, and Capitalist Diversity in Eastern Europe, in: *Competition & Change*, 2/2007, S. 89–115.

²⁴ Arjan Vliegenthart: Bringing Dependency Back In. The Economic Crisis in Post-socialist Europe and the Continued Relevance of Dependent Development, in: Heinrich Best, Katharina Bluhm, Michael Fritsch, Rainer K. Silbereisen (Hg.): *Transitions – Transformations: Trajectories of Social, Economic and Political Change after Communism*. *Historical Social Research*, 2/2010 (i.E.). – David Lane: Post-Socialist States and the World Economy: The Impact of Global Economic Crisis, in: ebd.

²⁵ Jan Drahokoupil: *Globalization and the State in Central and Eastern Europe: The Politics of Foreign Direct Investment*. London 2008. – Martin Myant: *The Rise and Fall of Czech Capitalism: Economic Development in the Czech Republic since 1989*. Cheltenham 2003.

²⁶ David Stark, László Bruzst: *Postsocialist Pathways: Transforming Politics and Property in East Central Europe*. Cambridge, New York 1998.

²⁷ Drahokoupil, *Globalization* [Fn. 25].

Bedingungen kaum mehr möglich. Drahokoupil treibt Myants Argumentation noch weiter. Er untersucht im Detail den Politikwechsel vom „tschechischen Kapitalismus“ hin zur Förderung von ausländischen Direktinvestitionen als zentralem Instrument nachholender Modernisierung der Wirtschaft. Anknüpfend an Nicos Poulantzas spricht er von der Herausbildung einer speziellen Kompradorgruppe aus staatlichen Agenturen, Managern der Tochtergesellschaften und deren tschechischen Zulieferern, die den Politikwechsel vorangetrieben habe.

Nina Bandelj zeigt zudem, dass die ausländischen Direktinvestitionen in Osteuropa ungleich verteilt sind.²⁸ Sie erklärt, dass sich die ausländischen Investoren nicht einfach aufgrund einer günstigen Faktorkombination für das eine oder andere Land entschieden hätten. Ausschlaggebend seien vielmehr die Institutionalisierung und Legitimierung ausländischer Direktinvestitionen im Zuge der Transformation vom Plan zum Markt unter dem Einfluss der EU sowie die Beziehungsnetzwerke zwischen den Ländern gewesen. Bandelj zeigt zudem, dass politische Allianzen, Netzwerke und historisch-kulturelle Bindungen neben räumlicher Nähe einen starken Einfluss darauf haben, welche Herkunftsländer unter den ausländischen Investoren vertreten sind: etwa die starke Präsenz von Finnland in Estland, Dänemark und Schweden in Litauen und Lettland oder deutscher Investoren in Ostmitteleuropa.

Ähnlich wie Bluhm²⁹ und Bohle³⁰ kommt Bandelj zu dem Schluss, dass trotz Standortkonkurrenz um Investoren ein ungehemmter „Abwärtswettbewerb“ nicht stattfindet. Bluhm und Bohle erklären dies vor allem mit den Branchenstrukturen der ausländischen Direktinvestitionen, die bei Bandelj aufgrund ihres theoretischen Zuschnitts keine Rolle spielen. Interessanterweise bestätigt Bandeljs Regressionsanalyse keinen signifikanten Einfluss der offiziellen Förderung von ausländischen Direktinvestitionen, was die starke These von Drahokoupil über den massiven Einfluss der Kompradorgruppe, die Wirtschaftspolitik auf die Wünsche und Interessen der ausländischen Investoren auszurichten, zumindest relativiert.

Das historische Erbe

Schon bald nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus fragte die Transformationsforschung nach der Rolle des historischen Erbes. Anfang der 1990er Jahre war vor allem von Interesse, wie das sozialistische Erbe politische Steuerung immer wieder konterkariert.³¹ Bald zeigte sich jedoch, dass weder das Konzept der Pfadabhängigkeit noch das der Rekombination (David Stark) ausreicht, um das Wechselspiel von Kontinuität und Wandel angemessen zu begreifen.

²⁸ Nina Bandelj: *From Communists to Foreign Capitalists. The Social Foundations of Foreign Direct Investment in Postsocialist Europe*. Princeton, New Jersey 2008.

²⁹ Katharina Bluhm: *Experimentierfeld Ostmitteleuropa? Deutsche Unternehmen in Polen und der Tschechischen Republik*. Wiesbaden 2007.

³⁰ Dorothee Bohle: *Race to the Bottom? Transnational Companies and Reinforced Competition in the Enlarged European Union*, in: Bastiaan van Apeldoorn, Jan Drahokoupil, Laura Horn (Hg.): *Contradictions and Limits of Neoliberal European Governance: From Lisbon to Lisbon*. Basingstoke 2009, S. 163–186.

³¹ Ken Jowitt: *The Leninist Legacy*, in: ders. (Hg.): *New World Disorder*. Berkeley 1992, S. 284–305.

Jene Autoren, die den VoC-Ansatz auf Ostmitteleuropa übertragen, beschäftigten sich mit dem historischen Erbe vor allem in Zusammenhang mit den kollektiven Akteuren, da diese für strategische Koordination in Westeuropa eine zentrale Rolle spielen. Auch hier sind Estland und Slowenien als Antipoden besonders aufschlussreich. Während die Interessenvermittlung in Slowenien sehr korporatistisch ist, spielen Verbände in Estland kaum eine Rolle. Feldmann erklärt diese Unterschiede mit mehreren Faktoren. Die erste Transformationskrise sei in Estland tiefer gewesen und die alte Ordnung gründlicher delegitimiert. Hinzu seien unterschiedliche strategische Entscheidungen bei der Privatisierung und der Geldpolitik gekommen. Nicht zuletzt sei aber das Erbe ein anderes gewesen. Estland war im Unterschied zu Slowenien in die Planwirtschaft sowjetischen Typs integriert, deren Kollaps eine tiefe Krise auslöste. Da es in Estland vor 1989 kaum dezentrale Koordination gegeben habe und der Sowjetsozialismus vollkommen delegitimiert war, sei dort die Neigung, zur Etablierung institutionalisierter Kooperation auf alte Netzwerke zurückzugreifen, sehr gering gewesen.³²

Delegitimiert war nach Feldmann in Slowenien weniger das Wirtschaftssystem als das makroökonomische Missmanagement der Zentralregierung in Belgrad und das System der Umverteilung innerhalb Jugoslawiens. Während Estland rasch und einseitig ein Freihandelssystem ohne Zölle einführte und auf ausländische Direktinvestitionen setzte, entschied sich die slowenische Elite für eine schrittweise Transformation. Die Privatisierung wurde in Slowenien über staatliche Fonds für Pensionen und Restitution abgewickelt, auch gab es breiten Raum für Insiderprivatisierung, bei der Manager und Beschäftigte Anteile erwarben. Diese Unterschiede haben viel mit dem Erbe zu tun. Während die neue estnische Elite die Gewerkschaften nur als Teil des zu beseitigenden sowjetischen Systems betrachteten, waren die starken Gewerkschaften für die slowenische Elite ein unverzichtbarer Partner, den sie brauchten, um mit den Bürgern einen Konsens über die Ablösung von Jugoslawien und den Weg in die Marktwirtschaft herzustellen. Daher mussten die Interessen und Reformvorstellung der Gewerkschaften berücksichtigt werden.

Während Feldmann somit das Zusammenspiel von historischem Erbe und wirtschaftspolitischen Entscheidungen als entscheidend für die Entstehung unterschiedlicher Varianten von Kapitalismus ansieht, relativieren Autoren, die von der Genese eines „abhängigen liberalen Kapitalismus“ ausgehen, diese beiden Einflüsse. Gerade bei der Privatisierung ist das Argument, dass äußere Einflüsse zumindest in Ostmitteleuropa von zentraler Bedeutung sind, sehr überzeugend. Trotz erheblicher Unterschiede bei Privatisierungstempo und -verfahren in Ungarn, Tschechien, Polen oder der Slowakei sind die Eigentümerstruktur und das Ausmaß der Transnationalisierung heute überraschend ähnlich.

Neuere Publikationen verstehen bereits die Transformation selbst als Erbe.³³ Wieder richtet sich der Blick vor allem auf die Kollektivakteure. Sie haben das postkommunistische Erbe zu schultern. In allen osteuropäischen Staaten mit der Ausnahme Slo-

³² Magnus Feldmann: *Emerging Varieties of Capitalism in Transition Countries. Industrial Relations and Wage Bargaining in Estonia and Slovenia*, in: *Comparative Political Studies*, 7/2006, S. 829–854, hier S. 843ff.

³³ Vgl. Grzegorz Ekiert: *Patterns of Postcommunist Transformation in Central and Eastern Europe*, in: ders., Stephen E. Hanson (Hg.): *Capitalism and Democracy in Central and Eastern Europe: Assessing the Legacy of Communist Rule*. Cambridge 2003, S. 89–119.

weniens kam es durch die Deindustrialisierung in den 1990er Jahren zu einer „Demobilisierung der Arbeiterklasse“.³⁴ Die Marginalisierung von Gewerkschaften im Zuge der Privatisierung ist aber auch selbstverschuldet. Vor allem in Polen haben die Gewerkschaften während der Restrukturierung in den 1990er Jahren von Unternehmen die Rolle von Ko-Eigentümern übernommen. Damit sind sie gescheitert, so dass sie in den vergangenen zehn Jahren in den privatisierten transnationalen Unternehmen keine Legitimation als Interessenvertreter der Belegschaften mehr genossen.³⁵ Ohne eine Neudefinition ihres Mandats wird die Stärkung der Gewerkschaften nicht gelingen. In dieser Lesart wird die Schwäche der Kollektivakteure nicht allein auf das sozialistische Erbe zurückgeführt, sondern auch als Erbe der *postsozialistischen* Entwicklung gefasst, die den nunmehr etablierten Institutionen eingeschrieben ist.³⁶

Ähnlich argumentierten schon King und Szelényi, die die Qualität von Staatlichkeit in Ostmittel- und Osteuropa thematisieren. Auch sie unterstellen keine einfache Kontinuität, sondern gehen von einem Zusammenspiel von historischem Erbe und Transformation aus: Diese hat in Ostmitteleuropa bestehende rational-bürokratische Kapazitäten gestärkt, in Osteuropa hingegen hat sie eher zu einem Verfall geführt, von dem sich die Staaten lange nicht erholt haben. Die Transformation hat somit vor allem historische Unterschiede zwischen Ostmitteleuropa und Osteuropa verstärkt. Neben dem unterschiedlichen Erbe spielten dabei auch der Einfluss der EU und der ausländischen Investoren eine Rolle.

Das historische Erbe sollte somit nicht als unveränderlicher Einflussfaktor verstanden werden, sondern als variable Größe. Es kann im Laufe der Transformation in unterschiedlichen Ländern auf unterschiedliche Weise verstärkt, abgeschwächt oder selektiv überwunden werden. Das Erbe der sozialistischen Periode muss mit dem Erbe der Transformationsphase – aber auch mit dem Erbe früherer historischer Epochen sowie mit der Phase des EU-Beitritts in Beziehung gesetzt werden.³⁷ Denn auch die EU hat beispielsweise auf die Formierung der Kollektivakteure Einfluss genommen: Sie forderte die Einführung von Betriebsräten zur Information und Konsultation und untergräbt damit entgegen ihren Absichten die Autonomie von betrieblichen Gewerkschaftskomitees.³⁸ Wie sich Einflüsse aus unterschiedlichen Phasen gegenseitig verstärken oder abschwächen, muss jedoch immer im Einzelfall untersucht werden.

³⁴ Miroslav Stanojević: *Workers Power in Transition Economies: The Case of Serbia and Slovenia*, in: *European Journal of Industrial Relations*, 3/2003, S. 283–301.

³⁵ Aleksandra Sznajder Lee, Vera Trappmann: *Von der Avantgarde zu den Verlierern des Postkommunismus: Gewerkschaften im Prozess der Restrukturierung der Stahlindustrie in Mittel- und Osteuropa*, in: *Industrielle Beziehungen*, 2/2010, S. 192–231.

³⁶ David Ost: *The Consequences of Postcommunism: Trade Unions in Eastern Europe's Future*, in: *East European Politics and Societies*, 1/2009, S. 13–33.

³⁷ Vgl. Amelie Kutter, Vera Trappmann: *Das Erbe des Beitritts. Europäisierung in Mittel- und Osteuropa*. Baden-Baden 2006. – Frank Schimmelfennig, Ulrich Sedelmeier: *The Europeanization of Central and Eastern Europe*. Ithaca 2005.

³⁸ Amelie Kutter, Vera Trappmann: *Civil Society in Central and Eastern Europe: the ambivalent legacy of accession*, in: *Acta Politica*, 1/2010, S. 41–69. – Bluhm, *Experimentierfeld Ostmitteleuropa?* [Fn. 29], S. 89ff.

Resümee

Die Analyse der Spielarten des Kapitalismus in Osteuropa lässt sich in zwei Lager teilen: Eine Gruppe von Autoren untersucht institutionelle Unterschiede mit dem „Varieties-of-Capitalism-Ansatz“. Die Probleme dieser Vorgehensweise zeigen sich daran, dass zahlreiche Länder nicht auf dem Kontinuum zwischen „liberalen“ und „koordinierten“ Systemen zugeordnet werden können. Auch werden die gleichen Länder oft unterschiedlich eingeordnet. Das zentrale Problem ist aber, dass dieser Ansatz mit der Übertragung auf Ostmittel- und Osteuropa nicht mehr eine Typologie der entwickelten Marktökonomien, sondern eine der realen Welten des Kapitalismus liefert, was weder methodisch noch theoretisch ausreichend reflektiert wird. Was als Indikator für die ein oder andere Marktökonomie in den Blick gerät, bleibt schematisch, da die unterschiedliche Qualität der strategischen Koordination zu wenig berücksichtigt wird und die Einbettung in den gesellschaftlichen Kontext und dessen Wandel fehlt.

Eine zweite Gruppe von Autoren untersucht den Kapitalismus der Region vor allem in Kategorien der Abhängigkeit und der Beziehungen von Zentrum und Peripherie. Sie betonen zu Recht, dass die Institutionenbildung der Marktökonomien nicht als autonome nationale Projekte verstanden werden können. Mit dem Fokus auf die EU und multinationale Unternehmen gelingt auch eine überzeugende Unterscheidung zwischen den Transformationsökonomien Ostmitteleuropas, jenen der GUS-Staaten sowie der Chinas, die auch und gerade beim Verhältnis von Wirtschaft und Staat unterschiedliche Transformationspfade eingeschlagen haben. Gleichzeitig sind angesichts der Schwäche kollektiver Akteure, der raschen Integration in den europäischen Binnenmarkt und der transnationalen Koordination die historischen Bedingungen für eine entwickelte koordinierte Marktökonomie im einem nationalen Rahmen – in welcher Variation auch immer – ungünstig.

Die Analyse des Kapitalismus in Ostmitteleuropa als „transnationale“, „europäische“ oder „abhängig liberale“ Sonderform ist indes zu sehr auf die Region beschränkt – Lateinamerika ließe sich mit ähnlichen Kategorien beschreiben. Zudem erfasst sie nicht die „feinen Unterschiede“ – etwa zwischen Estland, Tschechien und Polen. Der Fokus auf die Abhängigkeit der (liberalen) Marktökonomie hebt vor allem auf die zentrale Stellung transnationaler Unternehmensnetzwerke ab. Staatliche Institutionen geraten allenfalls bei der Frage nach der Sicherung der Eigentums- und Vertragsrechte in den Blick. Unterschieden wird lediglich zwischen Staaten, die im Weberschen Sinne rational sind, und solchen, die es nicht sind. Für die Institutionenanalyse bietet daher der „Varieties-of-Capitalism-Ansatz“ als heuristisches Werkzeug präzisere Kategorien.

Die institutionellen Unterschiede zwischen den ostmitteleuropäischen Marktökonomien könnten in Zukunft eher noch wichtiger werden. Eine kritische Frage wird sein, ob und wie weit die ausländischen Unternehmen nicht allein die industrielle Qualifikation und die niedrigen Arbeitskosten nutzen, sondern mit Hilfe der Direktinvestitionen durch weitere Anhebung des technologischen Niveaus auch eine innovative einheimische Wirtschaft entsteht, die Spielraum für höhere Löhne und den Ausbau des Sozialstaats bietet.

Die Frage nach den institutionellen Differenzen innerhalb des „abhängigen“ Typs wird noch einmal drängender, seit einige Länder, vor allem Ungarn und das Baltikum, von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise besonders hart getroffen wurden, wäh-

rend Polen, aber auch Tschechien im gesamteuropäischen Maßstab vergleichsweise gut damit fertig zu werden scheinen.³⁹ Pessimistische Stimmen sehen die Region auf Jahre zurückgeworfen, die Demokratien durch die wirtschaftspolitische Misere bedroht.⁴⁰ Für optimistischere Beobachter ist es völlig ungewiss, was die Krise des Neoliberalismus für den „postsocialistischen Kapitalismus“ bedeutet.⁴¹ Eine Renationalisierung scheint ebenso möglich wie das negative Szenario des weiteren Abrutschens an die Peripherie des globalen Kapitalismus. Der jetzige Stand der Debatte kann also nur ein vorläufiger sein.

Es wird abzuwarten sein, in welche Richtung der Kapitalismus sich unter dem Einfluss des postsocialistischen Erbes, des transnationalen Kapitals und der Folgen der Krise entwickeln wird. Weitere spannende Beiträge zur Zukunft des Kapitalismus in der Region sind zu erwarten. Viel wird davon abhängen, wer die Verantwortung für die Krise und ihre Folgen übernimmt, wie solidarisch sich die EU in dem Schultern der Lasten erweist und wie viel Protest in dem zivilgesellschaftlich geschwächten Ostmitteleuropa gegen das Absinken der Wohlfahrt aufgebracht werden kann. Angesichts der institutionellen und politischen Binnendifferenzierung in Ostmitteleuropa ist indes wenig wahrscheinlich, dass die These vom „abhängigen Kapitalismus“ für alle diese Länder das letzte Wort gewesen sein wird.

³⁹ Hella Engerer: Solidarität gesucht. Osteuropas Finanzmärkte in der globalen Krise, in: OST-EUROPA, 12/2008, S. 25–40.

⁴⁰ Dorothee Bohle: The Crisis of Democratic Capitalism in Eastern Europe. Paper presented at the „Enlargement Five Years After: The State of European Integration and New Challenges for the Discipline“ Conference. Budapest 2009.

⁴¹ Gavin Rae: The Genesis of a New Capitalism? [o.O.] 2009 [= Working Paper Series of the Research Network 1989, 24/2009].